

Wir brauchen einen „Doppelwumms“ an diplomatischen Bemühungen

Zu: „Leopard 2' für die Ukraine“, „Verwirrung um ‚Leopard 2'-Bestandsaufnahme“ und „Auf Zeit gespielt“, FR-Titel vom 25. Januar, FR-Politik und FR-Meinung vom 23. Januar

Deutschland wird zur Kriegspartei

Angeblich gibt es weniger Tote, wenn deutsche „Leopard 2“ in die Ukraine geliefert werden. Leider nennt der ukrainische Vize-Außenminister Melnyk die Behauptung, dass immer mehr Kampfpanzer in der Ukraine angeblich zu weniger Toten führen soll, nicht „Panzer-Kasperltheater“. Als Vizeaußenminister der Ukraine fordert er unter anderem die „Befreiung der Halbinsel“ Krim durch eine militärische Rückeroberung. Melnyk müsste dann aber auch erklären, wie er bzw. die Ukraine mit der überwiegend russischstämmigen (Wohn-) Bevölkerung umgehen möchte. Soll sie vertrieben – schlimmer noch vernichtet werden? Kann dies das Nachbarland Russland zulassen? Russland bleibt durch eine 2000 Kilometer gemeinsame Grenze immer „Nachbar“!

Auch für die „Volksrepubliken“ hat Melnyk keinen vernünftigen Plan für eine friedvolle „Nationalitätenpolitik“. Eine föderale Ordnung, vergleichbar dem Bundesländerkonzept der Bundesrepublik, mit Russisch als zweiter Staatssprache? Stattdessen pflegt die Kiewer Regierung russophobe Vorurteile und antirussische Feindbilder. Jetzt ist die Regierung zudem mit vielfältigen Korruptionsvorwürfen im Kontext westlicher (Waffen-) Lieferungen konfrontiert und entlässt sogar Minister. Die zig Milliarden Zuflüsse lassen „Begehrlichkeiten“ wachsen.

Eine neue Friedensordnung wird nur mit Russland und den abtrünnigen (Staats-?) Gebieten möglich sein. Warum die Ukraine nicht eine „immerwährende Neutralität“ wie Österreich anstrebt, begreife ich nicht. Österreich fährt bis heute gut damit. Für einen solchen Status dürften Garantestaaten und die UNO in Frage kommen. Sollten immer mehr Panzer den Weg in die Ukraine finden, wird das nur weitere Eskalation befördern.

Spätestens wenn Deutschland offiziell „Leopard 2“-Panzer liefert, ist Deutschland Kriegsteilnehmer mit Konsequenzen, die ich mir nicht ausmalen möchte. Scholz „Zögerlichkeit“ war dem



Ein „Leopard 2“ wird repariert, hier im Jahr 2017 auf dem Truppenübungsplatz in Munster.

AFP

Umstand geschuldet, dass er grundgesetzlich verpflichtet „Schaden vom Volke“ abhalten muss. Thomas Ewald, Nidderau

Melnyk hat den Bezug zur Realität verloren

Der ausführlichen Diskussion um eine mögliche Lieferung von „Leopard-2“-Panzern an die Ukraine fehlt mir bisher ein Aspekt, der mir wesentlich erscheint. Dieser Panzer wäre die erste Angriffswaffe, die der Ukraine bereitgestellt würde. Die bisherigen Waffenlieferungen aus Deutschland scheinen mir immer noch der Gruppe Verteidigungswaffen anzugehören. In der maßlosen Forderung von Herrn Melnyk nach 3000 Leopard-Panzern (am 21.1.23) und ebenso vielen Schützenpanzern zeigt, dass dieser Herr jeden Bezug zur Realität verloren hat. Diese Menge entspricht in etwa der gesamten bisher produzierten Menge dieses Panzermodells.

Carsten Dietrich Brink, Gauting

Die Diplomatie ist völlig abgemeldet

Der arme Herr Scholz. Da wurde ihm von allen Seiten Druck gemacht, doch endlich Angriffswaffen in Form von Leopard-Kampfpanzern an die Ukraine zu liefern. Nicht nur von der Opposition, sondern auch ganz vehement von den Grünen. Da wäre wohl besser Frau Baerbock Kriegs- äh, Verteidigungsministerin geworden. So habe ich mir eine feministische Außenpolitik nicht vorgestellt. Aber nicht nur die Politik, auch die Medien schossen (!) sich auf die vorsichtige und abwartende Haltung des Kanzlers ein. Schaut denn keiner mehr über die Mündung eines Kanonenrohrs hinaus?

Beide Seiten, Russland (Lawrow) und die Ukraine (Selenskyj) formulieren Forderungen für Verhandlungen. Natürlich sind das – unerfüllbare – Maximalforderungen. Aber man sollte diese Signale ernst nehmen. Und „man“ heißt in diesem Falle vor allem Ver-

handlungen Bidens mit Putin unter Hinzuziehung von UN, EU, evtl. Chinas und Indiens. Natürlich nicht ohne die Ukraine. Aber wenn wir nur auf die Ukraine und deren Kriegsziele hören, dann wird das Sterben nicht aufhören. Andreas Schwarzkopf hat völlig Recht, wenn er beklagt, was denn die westliche Strategie sei. Was wollen die USA, die EU oder Deutschland? Immer nur und immer mehr Waffen liefern ist keine Strategie, und Diplomatie ist hierbei völlig abgemeldet.

Wir brauchen einen „Doppelwumms“ an diplomatischen Bemühungen! Stoppt das Töten in der Ukraine! Waffenstillstand und Verhandlungen – jetzt!

Manfred Backhaus, Niederbrechen

Einseitige Rufe nach schweren Waffen

Immer wenn ich in der FR etwas über Frau Strack-Zimmermann lese, frage ich mich, wer ist diese Frau, die wie ein Feldwebel gebetsmühlenartig schwere Panzer

für die Ukraine fordert („befiehlt“). Im Internet konnte ich nachlesen, dass diese Frau im Präsidium zweier Organisationen sitzt: „Förderkreis Deutsches Heer“ und „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik“. Beide sind Lobbyistenverbände sind und haben eine große Nähe zur Rüstungsindustrie. Das erklärt ihre permanente Forderung nach Panzern für die Ukraine.

Wer so verbissen auf dieser Forderung beharrt und keine andere Denkrichtung zulässt, erscheint mir sehr suspekt. Und dieser Frau soll ich abkaufen, dass sie „schon in der Sandkiste unbestechlich“ war? Sie war also bereits in der Sandkiste ein Mensch, der keiner Beeinflussung unterlag und sich durch nichts täuschen ließ, also anständig, aufrecht und charakterstark war. Das soll ich ihr glauben? Wer kann das von sich schon im Sandkastenalter behaupten?

Jeder, der ihre Mitgliedschaft in den zwei Lobbyverbänden damit verknüpft, dass sie Krieg toll findet und die Wehrindustrie endlich Geld verdient und ihre Waffen verkauft, greift nach Aussage von Frau Strack-Zimmermann ihre Integrität an. Wer sich so wie diese Frau darstellt und immer wieder einseitig nach schweren Waffen schreit, ist für mich nicht integer. Ein Nachdenken darüber, dass immer mehr Waffen immer mehr Tote zur Folge haben, gibt es für sie nicht. Leute wie sie halte ich für sehr gefährlich. Ich bezeichne sie als „Kriegstreiber“.

Anna Elisabeth Hoos, Göttingen

Und wenn Putin nun Nato-Staaten angreift?

Ich habe den Eindruck, dass sowohl Herr Scholz als auch Herr Biden befürchten, dass Putin die Lieferung des Leopard 2 als Vorwand nehmen könnte, einen dritten Weltkrieg loszutreten, indem er Natostaaten angreift. Hat Putin damit nicht schon gedroht? Von daher hätten die Herren bei ihrer Einstellung bleiben sollen. Ich habe als kleines Kind noch den WK2 erlebt – danke bestens!

Ursula Samman, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/leopard2

Die Regierung soll sich an Gesetze und Verträge halten

Zu: „Klimaterroristen! – wieso Unwort?!“, FR-Meinung vom 11. Januar

Alle Demokrat:innen und friedliebenden Menschen sind sich einig: Terrorismus ist in jeder Form abzulehnen. Nach der Definition vom §278c StGB (terroristische Straftaten) sind Beeinträchtigungen der kritischen Infrastruktur – hier massive Blockaden einer bezahlbaren und erneuerbaren Energieversorgung – sowie vorsätzliche Beeinträchtigung der Umwelt strafrechtsrelevant. §20a vom Grundgesetz (GG), welcher der Umwelt ein besonderes Schutzrecht zusteht, und §2 GG mit dem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit stehen über Eigentumsrechten und wirtschaftlichen Interessen.

RWE, Eon, Vattenfall, EnBW oder Exxon, aber auch die Bundesregierung wissen, dass Deutschland nur noch ein geringes CO₂-Gesamtbudget für Strom, Wärme und Mobilität in den nächsten zehn Jahren nutzen darf (Quelle: Scientists for Future). Im Boden um Lützerath liegen Braunkohlekapazitäten mit Klima-Zerstörungspotenzial. Die Braunkohle muss deshalb im Boden bleiben, auch unter dem ehemaligen Dorf Lützerath. Überall. Auch Öl und Gas in der Nordsee oder fossile Öl oder Gas-Importe aus neuen Förderquellen sind ein Angriff auf lebensfähige Temperaturen, ausreichend

sauberes Trinkwasser, intakte Ökosysteme und damit genügend Lebensmittel. Das ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit verfassungswidrig.

Die Bundesregierung hat mit dem Pariser Klimaschutzabkommen einen völkerrechtsverbindlichen Vertrag geschlossen, den besonders die Vorgängerregierung nicht mal in Ansatz nahm. Selbst nach dem Urteil vom Bundesverfassungsgericht, dass der Staat mit einer entsprechenden Gesetzgebung eine lebensgerechte Umwelt auch für nachfolgende Generationen schaffen muss, bleiben die Ziele, Gesetze und Verwaltungsentscheidungen

wie beim Dannenröder Forst, im rheinischen Revier und vermutlich auch im Wald von Frankfurt-Fechenheim weit hinter den wissenschaftlich gesicherten Werten zurück.

Die überwiegend friedlichen Aktivistinnen sowie die gesamte Klimaschutzbewegung fordern nichts anderes, als dass die Bundesregierung Gesetze und Verträge einhält und die echten Klimaterroristen in den Vorständen der klimazerstörenden Unternehmen und Administration nicht nur bei offensichtlich verfassungswidrigen Maßnahmen zur Rechenschaft gezogen werden.

Jürgen Eiselt, Frankfurt

Gewalt klar benennen

Kriminalfälle des Vatikan: „Was geschah 1983?“, FR-Panorama vom 11. Januar

Im Bericht benutzt der Autor den Begriff „Sexspiele“. Wenn Menschen entführt werden, und ihnen sexuelle Gewalt angetan, hat das für die Betroffenen nichts mit „spielen“ zu tun! Sexuelle Gewalt ist der adäquate Begriff. Auch „sexueller Missbrauch“ ist nicht geeignet, impliziert er doch den „Gebrauch“ eines Menschen. Ich wünsche mir bei der Benutzung von Begrifflichkeiten im Zusammenhang mit sexueller Gewalt mehr Sensibilität. Gewalt wird bei Benennung klar und deutlich.

Renate Heid, Ketsch